



Gewerbsteuer aktuell: Einnahmen sinken 2026 – Kommunen bleiben tief im Defizit

Ute Pappelbaum

Die kommunalen Gewerbesteuereinnahmen sind im ersten Halbjahr 2026 um zwei Prozent auf 30,8 Milliarden Euro gesunken. Gleichzeitig verharrt das Finanzierungsdefizit der Städte und Gemeinden bei 20,1 Milliarden Euro. Brisant wird die Entwicklung durch einen zweiten Effekt: Fallen die Jahresabschlüsse der Unternehmen schwächer aus als bei den Vorauszahlungen unterstellt, können weitere Erstattungen folgen.

Das ist die eigentliche Nachricht hinter den aktuellen Zahlen. Denn noch 2025 hatten die Gemeinden mit 76,4 Milliarden Euro so viel Gewerbesteuer eingenommen wie nie zuvor. Fünf Rekordjahre in Folge haben jedoch nicht verhindert, dass die finanzielle Schieflage fortbesteht.

Und selbst die aktuellen Kassenzahlen erzählen noch nicht die ganze Geschichte.

Gewerbsteuer dreht 2026 ins Minus

Insgesamt nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Halbjahr 2026 netto 57,3 Milliarden Euro an Steuern ein. Das waren 0,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Innerhalb dieser Summe entwickelte sich die Gewerbesteuer allerdings rückläufig. Mit 30,8 Milliarden Euro lagen die Netto-Einnahmen zwei Prozent unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2025. Zuwächse bei Einkommensteueranteilen,

Grundsteuer und Umsatzsteueranteilen konnten diesen Rückgang rechnerisch auffangen.

Für die Haushaltslage reicht das dennoch nicht.

Denn die Einnahmen wachsen zwar weiter, die Ausgaben aber ebenfalls.

20,1 Milliarden Euro Defizit trotz höherer Einnahmen

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kern- und Extrahaushalte stiegen im ersten Halbjahr auf 184 Milliarden Euro. Dem standen Ausgaben von 204,1 Milliarden Euro gegenüber.

Unter dem Strich bleibt damit ein Defizit von 20,1 Milliarden Euro.

Das Problem liegt also nicht in einem einfachen Mangel an Einnahmen. Es liegt in einem Verhältnisproblem: Die kommunalen Haushalte tragen dauerhaft wachsende

Ausgaben, während ein wesentlicher Teil ihrer Einnahmen konjunkturabhängig bleibt.

Genau darin liegt die strukturelle Spannung.

Laufende Kosten steigen, Investitionen sinken

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung auf der Ausgabenseite.

Die Personalausgaben stiegen um 5,2 Prozent auf 54,7 Milliarden Euro, die laufenden Sachaufwendungen um vier Prozent und die sozialen Leistungen um 3,9 Prozent. Noch stärker legten die Zinsausgaben zu: Sie erhöhten sich binnen Jahresfrist um 13,1 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro.

Gleichzeitig gingen ausgerechnet die Sachinvestitionen zurück.

Die Kommunen investierten im ersten Halbjahr 21,7 Milliarden Euro und damit 4,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Auch die Ausgaben für Baumaßnahmen sanken um 2,4 Prozent.

Das ist ökonomisch der entscheidende Punkt. Ein wachsender Teil der verfügbaren Mittel wird für laufende Verpflichtungen und Finanzierungskosten gebunden, während jene Ausgaben zurückgehen, die Infrastruktur erhalten und künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern sollen.

Die Haushalte werden teurer, ohne dadurch automatisch leistungsfähiger zu werden.

Die nächste Belastung kann aus den Jahresabschlüssen kommen

Hinzu kommt ein Effekt, der in den laufenden Kassenstatistiken nur zeitversetzt sichtbar wird.

Die Gewerbesteuer wird während des Jahres über Vorauszahlungen erhoben. Diese orientieren sich grundsätzlich an der zuletzt festgesetzten Steuer und können angepasst werden, wenn sich für den laufenden Erhebungszeitraum eine niedrigere oder höhere Steuer abzeichnet.

Erst mit der späteren Veranlagung steht jedoch fest, wie hoch die tatsächliche Steuerschuld eines Unternehmens war.

Fallen Gewinne schwächer aus als bei den Vorauszahlungen unterstellt, sinkt nicht nur die Grundlage für künftige

Vorauszahlungen. Bereits gezahlte Beträge können teilweise zurückzuerstatten oder zu verrechnen sein.

Gerade nach mehreren wirtschaftlich schwachen Jahren entsteht daraus ein Nachlaufeffekt für die öffentlichen Haushalte: Die Konjunktur belastet die Einnahmen nicht nur im Moment der Gewinnschwäche, sondern möglicherweise noch später über niedrigere Festsetzungen und Erstattungen.

Der Gewerbesteuerrekord des Jahres 2025 ist deshalb weniger stabil, als die reine Kassenzahl vermuten lässt.

Körperschaftsteuer zeigt denselben Mechanismus

Dass dieser Effekt nicht nur theoretisch ist, zeigt die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer.

Auch dort werden Vorauszahlungen zunächst auf Basis der erwarteten beziehungsweise zuletzt festgesetzten Steuer geleistet. Fallen die Unternehmensgewinne schwächer aus, können Vorauszahlungen reduziert werden; bei der späteren Veranlagung können zudem Erstattungen entstehen.

Das Bundesfinanzministerium hat seine Erwartungen für das Körperschaftsteueraufkommen 2026 bereits nach unten korrigiert. Als Gründe wurden unter anderem schwächere Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Veranlagungsergebnisse früherer Jahre genannt.

Auch bei den laufenden Steuereinnahmen zeigt sich die gedämpfte Entwicklung. Schwächere Vorauszahlungen und höhere Erstattungen können das Aufkommen zusätzlich belasten.

Für Bund und Länder gilt damit dieselbe Logik, die bei der Gewerbesteuer auf die Kommunen wirkt: Unternehmensgewinne und ihre spätere steuerliche Veranlagung schlagen nicht zeitgleich, sondern mit Verzögerung auf die öffentlichen Haushalte durch.

Der Rekord von 2025 relativiert sich

Vor diesem Hintergrund bekommt auch der Gewerbesteuerrekord von 2025 einen anderen Stellenwert.

76,4 Milliarden Euro hatten die Gemeinden damals eingenommen, 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Bundesweit war das ein Höchststand.

Regional war die Entwicklung allerdings schon damals höchst unterschiedlich. Während einzelne Länder deutliche

Zuwächse verzeichneten, gingen die Einnahmen andernorts zurück.

Der Rekord war damit nie Ausdruck einer gleichmäßigen Verbesserung der kommunalen Finanzkraft.

Noch wichtiger ist jedoch die zeitliche Einordnung: Gewerbesteureinnahmen eines Jahres bilden weder unmittelbar die aktuelle wirtschaftliche Lage ab noch sagen sie, wie viel davon nach späteren Veranlagungen tatsächlich dauerhaft in den kommunalen Haushalten verbleibt.

Ein Rekord sagt zunächst nur, dass viel Geld vereinnahmt wurde.

Er sagt noch nicht, wie belastbar diese Einnahmen sind.

Auch die Grundsteuer löst das Problem nicht

Die Grundsteuer verändert diese Grundkonstellation bislang ebenfalls nicht.

Im ersten Halbjahr 2026 stiegen die Einnahmen aus Grundsteuern um 4,1 Prozent auf 7,5 Milliarden Euro.

Damit lässt sich die strukturelle Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben jedoch nicht schließen.

Für einzelne Immobilieneigentümer kann sich die Belastung durch Neubewertung und kommunale Hebesätze deutlich verschieben. Für die Haushalte der Städte und Gemeinden bleibt die Grundsteuer dennoch nur ein Teil einer wesentlich größeren Finanzierungsfrage.

Wenn Investitionen fallen, wird daraus ein Standortproblem

Für Banken, Versicherer und Unternehmen ist die kommunale Finanzlage deshalb mehr als ein haushaltspolitisches Detail.

Städte und Gemeinden investieren in Straßen, Schulen, Verwaltungsgebäude, digitale Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen. Sie sind Auftraggeber für Bauwirtschaft, Handwerk, Planung und Dienstleistungen und zugleich wichtige Kreditnehmer.

Wenn Investitionen trotz steigender Gesamteinnahmen zurückgehen, verändert das die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort.

Für Unternehmen können verschobene Infrastrukturprojekte ebenso relevant werden wie steigende Gebühren oder Abgaben. Banken müssen stärker darauf achten, wie

tragfähig kommunale Finanzierungen langfristig sind, wenn Zinsausgaben steigen und konjunkturabhängige Einnahmen schwächer werden.

Aus den bundesweiten Zahlen lässt sich nicht ableiten, welche Kommune morgen Investitionen streicht oder Abgaben erhöht.

Sie zeigen aber eine Richtung.

Der Gewerbesteuerrekord von 2025 war kein Wendepunkt. Im ersten Halbjahr 2026 sinken die laufenden Einnahmen bereits wieder, während das Defizit auf Rekordniveau bleibt und die Investitionen zurückgehen. Hinzu kommt die große Unbekannte der kommenden Veranlagungen: Fallen die Unternehmensgewinne niedriger aus als bei den Vorauszahlungen unterstellt, folgen weitere Entlastungen für die Unternehmen – und weitere Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, wie viel Geld einmal durch die Kassen geflossen ist, sondern wie viel davon am Ende bleibt.

Quellen

- Statistisches Bundesamt: Kommunales Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr 2026 und Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen
- Bundesministerium der Finanzen: Steuerschätzung Mai 2026 sowie Monatsberichte zu den Körperschaftsteuereinnahmen 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952493/Gewerbesteuer-aktuell-Einnahmen-sinken-2026---Kommunen-bleiben-tief-im-Defizit/>